

Löhner Anzeiger

Fernsprecher: Amt Lahn Nr. 60.

Stadtblatt für Lahn und Umgegend.

Fernsprecher: Amt Schönau Nr. 10

Druck und Verlag von Franz Reuchel, Schönau (Katzbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Reuchel, Schönau (Katzbach).
Ausgabestelle und Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Markt Nr. 95 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Reuchel in Schönau (Katzbach).

Die Ausgabe
erfolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 1,80 M., monatlich 60 Pf. frei Haus. Bei Bezug durch die Post 1,25 M., mit Abtrag 2,19 M.

Ämtliche Zeitung
für die Veröffentlichungen der städt. Behörden und des Amtsgerichts.

Anzeigenpreis
1spaltige Grundzeile oder deren Raum 20 Pf., für ausw. Anzeigen 25 Pf., Textzeile 50 Pf. Bei gerichtl. Beitreibung kommt die Ermäßigung in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag vormittags 9 Uhr.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Abschaltung des Bezugspreises. Ferner hat der Anzeigende in obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für die richtige Wiedergabe von durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 111.

Lahn, Dienstag, den 23. September 1919.

16. Jahrg.

Die Besetzung Oberschlesiens und Westpreußens.

Die „Times“ melden aus Paris, daß nach Beschluß des Rates der Alliierten polnische Truppen an der internationalen Besetzung Oberschlesiens und Westpreußens nicht beteiligt sein werden.

Der Altkennnachweis von Deutschlands Unschuld.

Ein Wiener Notbuch, das geeignet ist, in der ganzen Welt das größte Aufsehen zu erregen, wird soeben veröffentlicht. Es weist nach: Nicht Deutschland hat den Krieg gewollt, sondern die führenden tschechischen und ungarischen Machthaber in Wien. Deutschland ist vom Grafen Berchtold, der als Vertreter Ungarns im Ministerrat saß und keine deutsche Politik trieb, hinterlistig geführt worden.

Das Verfahren gegen den Kaiser.

Englischen Blättern zufolge meldet „Central News“, in gut unterrichteten Kreisen werde die lange Verzögerung in der Einleitung des Verfahrens gegen den früheren deutschen Kaiser dahin ausgelegt, daß trotz des allgemein bekannten Wunsches Lloyd Georges, den Kaiser vor ein Gericht zu stellen, ein Gerichtsverfahren überhaupt nicht stattfinden wird.

Rückkehr von Gefangenen.

In Rotterdam wird für den 25. September ein Transport deutscher Kriegsgefangener von etwa 3500 Personen aus den Vereinigten Staaten erwartet. Auch eine Anzahl Zwillinginterrierter aus Kuba, Panama und Haiti ist darunter.

Kleine Nachrichten.

Am Freitag überreichte man in Paris der bulgarischen Delegation die Friedensbedingungen für Bulgarien. Zur Rückäußerung ließ man ihnen 20 Tage Frist.

Der Ausschuss des japanischen Parlaments stimmte mit allen gegen drei Stimmen der Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland zu.

Ablehnung des Friedensangebots durch Finnland.

Aus Helsingfors wird telegraphiert, daß zwischen der finnischen Regierung und Vertretern der Entente bezüglich des russischen Friedensangebots Verhandlungen stattgefunden haben mit dem Ergebnis, daß die finnische Regierung beschlossen hat, das Friedensangebot der russischen Sowjetregierung nicht anzunehmen. Die Vertreter der Entente haben Finnland versprochen, daß die englische Flotte aus der finnischen Bucht nicht entfernt werden soll.

Wilson's Pläne zur Weltsozialisierung.

Der „N. R. C.“ meldet aus Washington: Senator Leives, der als früherer demokratischer Einseitiger Wilson besonders nahesteht, teilte mit, daß Wilson beabsichtigt, nicht nur die Welt von den Schrecken des Krieges zu erlösen, sondern daß er auch bald ein großes Programm zur Sozialisierung der Kohlenenergie, der Mineralöle, der Eisenbahn und der Wasserstraßen veröffentlicht werden. Wilson will aber nicht, daß diese Betriebe in Verwaltung der Regierung übergehen, sondern es soll eine andere Regelung übergehen, sondern es soll eine andere Regelung getroffen werden. Die Leitung der Betriebe soll dem Staate nur verantwortlich sein. Wilson will auch in kurzer Frist die Demobilisierung des Heeres anordnen.

Tages-Nachrichten.

Die nächste Sitzung der Nationalversammlung. Die bekanntlich in Berlin im Reichstagsgebäude stattfindet, ist vom Präsidenten Fehrenbach auf den 30. September einberufen worden.

Rücktritt des preussischen Ernährungsministers. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt ist auf seinen Wunsch von dem von ihm mitverwalteten Amt des preussischen Staatskommissars für Volksernährung wegen Arbeitsüberlastung entbunden worden. Zu seinem Nachfolger ist der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Peters bestellt worden, der bisher schon bei der Tätigkeit des preussischen Staatskommissars hervorragend beteiligt war. Die fachlich erwünschte Fühlung mit dem Reichswirtschaftsministerium bleibt somit erhalten. S irgendein Systemwechsel tritt nicht ein.

Die Prämienanleihe des Reichs. Wie verlautet, wird das Reich in allernächster Zeit mit einem Anleihebegehren an die Öffentlichkeit herzutreten. Die neue Anleihe wird mit besonderen Reizmitteln ausgestattet sein; sie wird eine sogenannte Prämienanleihe sein. Es sind auch besondere staatliche steuerliche Bevorzugungen, besonders bei der Erbschaftsteuer für sie in Aussicht genommen. Die Anleihe soll so gestaltet werden, daß sie nicht nur Spielern besonderen Reiz gewährt, sondern allen Kapitalisten, auch den kleinsten, begehrtestwert sein. Eine Schädigung der Kriegsanleihebesitzer soll unter allen Umständen vermieden werden.

Aufwärtsbewegung der deutschen Valuta in der Schweiz. An der Schweizer Börse hat seit Freitag eine starke Aufwärtsbewegung der deutschen Valuta eingesetzt. Der Markkurs ist von 20 auf 25 gestiegen. Die Aufwärtsbewegung hält noch an.

Vollstreckung der Münchener Todesurteile. Der Ministerrat hat die im Gelfenmordprozeß ausgesprochenen Todesurteile sämtlich bestätigt. Die Vollstreckung erfolgte im Gefängnis Stadelheim durch Erschießen. Die Verurteilten, die auch geistlichen Zuspruch erhalten hatten, machten einen sehr zerknirschten Eindruck. Die Exekution erfolgte ohne Zwischenfall. Vor dem Gefängnis hatte sich, da die Stunde der Vollstreckung nicht bekannt war, nur wenig Publikum eingefunden.

Bevorstehender Besuch Poincares in London. Dem „Handelsblatt“ wird aus London berichtet: „Daily Chronicle“ erzählt, daß die Vorbereitungen für den bevorstehenden Besuch Poincares in London vollendet sind. Der Präsident wird am 14. Oktober in London eintreffen und im Buckingham-Palace Gast des Königs sein. In der Guild-Hall wird er vom Lordmajor und einer städtischen Abordnung empfangen werden. Er wird zwei Tage in London bleiben und sodann vermutlich auch Glasgow und andere Städte besuchen, bevor er nach Frankreich zurückkehrt.



Die Neugliederung des Heerwesens.

Die gesamte deutsche Heermacht wird vom 1. Oktober ab dem Reichswehrminister unterstellt sein. Ueber die Einzelheiten der Neugliederung ist folgendes vorgesehen: Dem Reichswehrministerium direkt unterstellt werden in Zukunft folgende Ämter sein: 1) Das Heeresamt für die gesamte Landmacht. Chef des Heeresamtes wird der bisherige preussische Kriegsminister

Oberst Reinhardt sein. 2) Das Flottenamt, dem die gesamte Seemacht unterstellt ist. Chef des Flottenamtes wird Admiral von Trotha bleiben. Unsere Bilder zeigen von links nach rechts: Reichswehrminister Noske, Chef des Heeresamtes Oberst Reinhardt, Chef des Flottenamtes Admiral von Trotha.